

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Volkszählung:

Strafprozeß gegen den Redakteur von »Gegen die Strömung«, Walter Hofmann!

(„VERÄCHTLICHMACHUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“, § 90A)

Seitdem die Volkszählung läuft, werden ihre Gegner eingeschüchtert, diffamiert und verfolgt, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen waren an der Tagesordnung. Nachdem in den letzten Monaten nicht nur massiv Bußgeldbescheide gegen Volkszählungsgegner verschickt worden sind, sondern auch aufgedeckt worden ist, daß Volkszählungsgegner allerorten in Polizeicomputern gespeichert sind, wird in Frankfurt nun durch einen politischen Prozeß gegen einen Volkszählungsgegner, gegen Walter Hofmann, die Unterdrückung weitergeführt.

Gegenstand dieses Prozesses ist nebenstehender Aufkleber, der auch als Plakat und im Flugblatt „Kampf der Volkszählung 1987!“ von „Gegen die Strömung“ verbreitet wurde.

Schon vorher war Walter Hofmann wegen dieses Aufklebers nach einer Anti-Kraftwerk-Demonstration in Offenbach mit vorgehaltener Pistole festgenommen worden und „erkenntnisdienlich behandelt“ worden. Anschließend Hausdurchsuchung - angeblich wegen „Gefahr im Verzug“ - und die Beschlagnahme von Flugblättern. Wenige Wochen später wurde erneut eine Hausdurchsuchung bei Walter Hofmann, wie auch im Buchladen „Georgi Dimitroff“ vorgenommen, wobei Flugblätter, Plakate und Aufkleber beschlagnahmt wurden.


Walter Hofmann wird nun beschuldigt, die „Bundesrepublik Deutschland beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht“ zu haben, also der „Tatbestand“ des berüchtigten § 90a.

Auf das Zitat des Innenministers Zimmermann vom 18.10. 1983 wird in der Anklageschrift Bezug genommen, um schließlich zu dem Schluß zu kommen, daß durch die Gleichsetzung bzw. Verbindung des Bundes-

adlers mit dem Reichsadler und dem dazugehörigen Text die Bundesrepublik Deutschland mit dem verbrecherischen NS-System gleichgesetzt würde.

Verantwortlich für die Anklage gegen Walter Hofmann ist derselbe Oberstaatsanwalt Klein, der ihn bereits 1981 angeklagt hatte - ebenfalls wegen „Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland“. Damals sollte die Aussage bestraft werden, daß der westdeutsche Staatsapparat „von oben bis unten durchsetzt“ ist „mit alten Faschisten“. Wal-

UNGEBROCHENE TRADITION



VOLKSZÄHLUNG
Mai 1939 Mai 1987

Der Chef der Sicherheitspolizei und des NS-Sicherheitsdienstes sowie der Gestapo, Heydrich, schrieb:

„Betr. Räumung der neuen Ostprovinzen. Auf grundsätzlichen Befehl des Reichsführers SS wird die Räumung von Polen und Juden in den neuen Ostprovinzen durch die Sicherheitspolizei durchgeführt...Die Räumung nach dem Fernplan erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung.“

Am 18.10.83 erklärte Innenminister Zimmermann vor dem Bundesverfassungsgericht: *„Bei den 19 Volkszählungen die es seit 1871 gegeben hat, gab es keinen einzigen Fall der Verletzung des Statistikgeheimnisses.“*

ter Hofmann mußte wegen "Mangels an Be- weisen" freigesprochen werden. Oberstaats- anwalt Klein hatte sich zwei Jahre zuvor bereits dadurch unrühmlich hervorgetan, daß er eine Anzeige des Schriftstellers Jürgen Roth gegen den Faschisten Kosbab wegen Volksverhetzung solange verschleppte, bis dieser Faschist wegen "Verjährung" um seinen Prozeß herumkam. (Siehe "Frankfurter Rundschau" vom 19.1. 1979 und 3.2. 1979.)

Es sind wirklich nicht die mehr als dürftigen und absurden Behauptungen der Anklage, die uns veranlassen, uns damit auseinanderzusetzen. Aber Polizei, die Justiz, ihre Richter und Staatsanwälte haben schon ganz andere Absurditäten durchgezogen, um Demokraten, Antifaschisten zu unterdrücken.

Wird denn wirklich das NS-Regime mit dem heutigen Regime in Westdeutschland gleichgesetzt? Davon kann gar keine Rede sein. In unserem Flugblatt "Kampf der Volkszählung 1987!" werden sogar ausdrücklich die Unterschiede zwischen den Volkszählungen von 1933/1939 und der von 1987 erläutert, aber nicht etwa zur Inschutznahme der Volkszählung 1987. Vielmehr sind gerade die Erfahrungen mit der Volkszählung der Faschisten wesentliche Argumente gegen die heutige Volkszählung.

Wir haben in Bezug auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem NS-Regime und dem heutigen Regime in Westdeutschland geschrieben:

● "Niemand kann ernsthaft die heutigen Zustände in Westdeutschland mit der Situation 1933-1945 gleichsetzen. Und dennoch drängen sich Parallelen zwischen heute und damals immer wieder auf."

Und GDS zeigte in ihrem Flugblatt als Ursache hierfür auf:

● "N i e m a l s, weder ökonomisch (dieselben Besitzer und Besitzverhältnisse in den Fabriken und Banken) noch personell (in vielen Ämtern die alten Staatsanwälte, Staatssekretäre, Polizeioffiziere, Oberstudienräte) noch militärisch (Aufbau der Bundeswehr hauptsächlich durch die alte Nazi-Generalität) noch ideologisch wurde wirklich mit dem deutschen Nazi-Faschismus gebrochen.

● Weiterhin zeigt sich auf dieser Grundlage, daß heute der westdeutsche Staats-

● apparat moralisch überhaupt keine Skrupel hat, etwa Asylsuchende auszuweisen, die dann verfolgt, eingekerkert oder zu Tode gefoltert werden. Wenn heute noch nicht solche Zustände herrschen wie unter Hitler, dann ist die Ursache hierfür keineswegs eine angeblich neue, demokratische Moral dieses Staates. Vielmehr liegt dies vor allem an der immer noch existierenden Wachsamkeit vieler Völker und auch daran, daß der westdeutsche Imperialismus heute angesichts einer fehlenden revolutionären Massenbewegung solche faschistischen Gesamtzustände noch nicht nötig hat.

● Daß wir heute noch nicht die gleiche Situation haben wie bei der Volkszählung von 1939 ist kein Argument gegen den aktiven Kampf gegen die heutige Volkszählung. Ganz im Gegenteil lehrt gerade die Geschichte der Nazizeit, daß so früh wie möglich und so massiv wie möglich a l l e Angriffe auf erkämpfte demokratische Rechte der Werktätigen zurückgeschlagen werden müssen. Daß wir in Westdeutschland nicht gerade erst am Anfang einer faschistischen Entwicklung stehen, zeigt schon der alltägliche Faschismus, wenn wöchentlich Asyllager angezündet werden, Kollegen aus der Türkei von Nazibanden auf offener Straße erschlagen werden, Demonstranten von der Polizei niedergeknüppelt oder gar zu Tode gefahren werden, Nazimörder freigesprochen werden." (Flugblatt "Kampf der Volkszählung 1987", April 1987)

Dieser politische Kern, der leicht zu belegen ist, soll offensichtlich umgangen werden, wenn sich die Staatsanwaltschaft vordergründig auf die Grafik und das Zimmermann-Zitat bezieht, um eine "Gleichsetzung" zu konstruieren.

Aus der grafisch sinnfällig dargestellten Verbindung zwischen deutschem Faschismus und dem heutigen Staat der "Bundesrepublik Deutschland" wird plump eine Gleichsetzung gefolgert.

Folgt man der Logik des Staatsdieners Klein, dann müßte ja eigentlich der Innenminister Zimmermann vor Gericht gestellt werden. Denn der behauptet ja, bei keiner einzigen der 19 Volkszählungen seit 1871 sei das Statistikgeheimnis gebrochen worden. Er zieht hier eine Linie von 1871 bis heute und setzt damit ausdrücklich die Volkszählungen von 1933/1939 mit der heutigen Volkszählung gleich.

Mit einer gewissen Logik beruft sich Innenminister Zimmermann auf die unselige Tradition des preußischen Beamtentums seit 1871. Tatsächlich gibt es eine ungebrochene Tradition des deutschen Untertanengeistes, des deutschen Militarismus, des deutschen Ordnungssinnes und der deutschen Gründlichkeit, des Kadavergehormsams, die vom Naziregime ins barbarischste gesteigert wurden. Es gilt heute, sich über diese Eigenschaften und Wesenszüge bewußt zu sein, sie gerade auch als Lehre aus der deutschen Geschichte anzuprangern und bekämpfen.

Wenn Zimmermann behauptet, das Statistikkennzeichen sei nie, also auch nicht unter der Herrschaft des Hitlerfaschismus, gebrochen worden, so verbreitet er damit zugleich eine schreckliche Lüge. Der verfluchte Aberglaube an den Staat, an seine Allmacht, aber auch an seine angeblich absolute "Korrektheit" bis zum Untergang, soll gestärkt werden, wenn Zimmermann eine solche Lüge verbreitet. Denn natürlich warfen die Nazis Gesetze und Vorschriften über Bord, wenn es darum ging, vom bloßen Sammeln und Erfassen überzugehen zur Vernichtung von Millionen von Juden, Sinti und Roma, zunächst in Deutschland, dann in Polen, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, in Frankreich und vielen anderen Ländern.

Beweisbar und unbestreitbar benutzten die deutschen Faschisten dazu Volkszählungsdaten, die damals die deutschen Juden z.B. im geschlossenen Briefumschlag abgeben durften, unter höhnischer Ausnutzung ihres Vertrauens und ihres Glaubens an den Staat.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, die etwa durch die Aussage Heydrichs und durch viele andere Dokumente bewiesen wird, daß das NS-Regime seinen Völkermord mit Hilfe der Ergebnisse dieser Volkszählung durchführte.

Das Gericht wird zu entscheiden haben, ob es inzwischen schon verboten sein soll, solche ungeheuerlichen, dreckigen Lügen eines schon einmal des "Falscheides" überführten Ministers mittels einer unanfechtbaren Beweisführung zu widerlegen und anzuprangern.

Natürlich steht nicht Herr Zimmermann vor Gericht, sondern der Redakteur einer kommunistischen Zeitung. Gerichtsurteile gegen kommunistische Propaganda sind ja nicht erst seit den Berufsverboten in diesem Staat nichts Erstaunliches. Doch der unsägliche Oberstaatsanwalt Klein hat gar nicht die kommunistische Kritik an dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung, an diesem imperialistischen Staat, die Propa-

Erklärung von Mitgliedern der Jüdischen Gruppe Berlin und deren Freunden

Erfahrungen der jüngeren Geschichte bei Volkszählung nicht ignorieren

Die historische Erfahrung des Mißbrauchs der Volkszählungsdaten von 1933 und 39 hat für uns besonderes Gewicht. Die im einzelnen harmlosen Fragen sind in ihrer Kombination unter Umständen geeignet, Personengruppen erkennbar zu machen und zu diskriminieren. Auch wenn die gegenwärtigen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland eine Angst vor abermaliger „Selektion“ von jüdischen Bürgern und anderen Minderheiten nicht gerechtfertigt erscheinen ließen, wäre es naiv, die Erfahrungen der jüngsten Geschichte und die Verfolgung von Minderheiten zu ignorieren. Da es weder eine informationstechnische Sicherheit, noch eine in die Zukunft reichende politische Gewähr vor Mißbrauch gibt, verweigern wir uns der Volkszählung. Wir empfehlen allen, die unsere Besorgnis teilen, sich zu überlegen, ob sie sich an dieser Volkszählung beteiligen.

J. Geis, A. Fuss, S. Zaler, T. A. Fekert, M. Schlesinger, A. Geyer, P. Moses-Krause, E. Baumblatt-Hermanns, C. Bismuth, H. Rosenstrauch, M. Leyser, H. Leyser, S. Hopmann, L. Johansson, M. Riese, A. Sieff, J. Zucker, R. Golz, S. Srebrny, R. Günther, F. Teppich, F. Teppich, R. Zucker, R. Kaufmann, G. Heilmann, H. Spitzbeck, A. Zimmer-

mann, G. Gysi, B. Schmidhals, M. Schmidhals, C. Richter, J. Simonsmeier, R. Bieg-Brentzel, C. Bartolf, L. Schlesinger, J. Quandt, G. Wohlatz, T. Reuter, B. Hess, Dr. D. Hoffmann, C. Gollin, G. Widmer, S. Hercygyier, H. Hercygyier, C. Gelbin, S. Pfeffer, M. Kupferberg, F. Kupferberg, A. Erlenmeyer, G. Erlenmeyer, B. Dräger, R. Dräger, M. Siemann, M. Fabrowski, D. Jackobsmeier, G. Thun, G. Schuhmacher, Vollbrecht, R. Klein, W. Behn, Giesow, N. Seeger, S. Eichhorn, D. Ludke, A. Morein, U. Wolf, Dr. D. Schirmer, G. Preuschhoff, A. Preuschhoff, H. Joop, W. Joop, R. Barthel, R. Daniel-Balkenhol, U. Witt, G. Schulz, A. Raue, C. Köhler, E. Krüger, K. Vofß, U. Görlitz, A. Hönninge, F. Hoyer, H. Kauh, R. Kantemur, M. Wilken, R. Kirchwehn, S. Nassen, L. Weber, Asgharnia, H. Bischoff-Pfanz, Fugart, W. Wieland, P. Bischoff, G. Besser, C. Bomhard, W. Klemm, E. Rese, L. Hanisch, H.-W. Schaaf, G. Kleiner, A. Müller, K. Mundt, H. Garrer, M. Wagner, S. Nieman, L. Kasten, M. Petter, M. Baader, G. Aktas, F. Hollmann, J. Herrman, B. Jaesmi, L. Triebe, U. Becker, R. Leutloff, L. Romboj, M. Bujarski, R. Pfizenmaier-Remus, N. Remus, F.-M. Reisin-Krusewitz, Dr. K. Krusewitz, M. Hoyer, C. Peppel, R. Karzig, C. Erbe, C. Steinwurz-Schäfer, G. Fritze Margull, V. Schröter, R. Szklorz, N. Weissberg-Bob, G. Finke, D. Rosenzweig, I. Wolynskaja, M. Goldstein, G. Shen, I. Gauter, B. Schauerer, Ch. Werth, I. Vofß, F. Thiele, U. von Maltzan, I. Löffelbein, I. Aquenas, H. Moldt, H. Schleissing, Ch. Bader, I. v. d. Heyden-Ryusch, M. Hagedorn-Saupe, R. Lesow, G. Wohlatz, H. Allenstein, H. Schröder, A. Burg, P. Neuhof, K. Jederman, P. Dehn, J. Henschel, K. Holzhever, B. Zimmermann, W. Fischer, E. M. Fischer, G. Heilfurth, T. Veerkamp, P. P. Junge, I. Kanitz, H. Gollwitzer, A. Latocha, H. Eckert, V. Schultz, A. Richter, H. P. Richter, K. Punkt, G. Jensen, Dr. G. Neumann, R. Witt, D. Hokema, I. Gürnlich, L. Rosh, J. Schulze-Rohr, J. Siegert, H. Stern, J. Knoblauch, A. Rink. (183 Unterschriften)

ganda für die sozialistische Revolution aufs Korn genommen. Vielmehr lag es ihm am Herzen, ausgerechnet anzuklagen, was zu vertreten durchaus Sache jedes aufrechten Demokraten ist.

Verurteilt werden soll also keinesfalls nur der Redakteur der marxistisch-leninistischen Zeitschrift "Gegen die Strömung". Vielmehr wird das Urteil auch richtungsweisend dafür sein, wie etwa mit jenen jüdischen Volkszählungsboykotteuren umgesprungen werden soll, die eben gerade auch angesichts der Erfahrungen mit der verbrecherischen Verwendung der Volkszählungen von 1933/1939 ihre strikte Ablehnung der Volkszählung heute begründen.

Allen, die den Mut haben, die Wahrheit über deutliche Parallelen damals und heute, über mögliche Gefahren laut zu sagen und die den allergrößten Respekt verdienen, soll mit solchen Urteilen ein Knebel ange-

legt werden, ihnen soll die staatliche Macht demonstriert und der Mund verboten werden.

Wir sind aber überzeugt, daß wirkliche demokratische, revolutionäre und kommunistische Kräfte sich davon nicht einschüchtern lassen, sondern gegen die Strömung ankämpfen werden.

Mai 1988

PROLETARIAT ALLE LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIAT ALLE LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

TERMIN:
22. JUNI 1988, 13.30 UHR
AMTSGERICHT FRANKFURT AM MAIN
GERICHTSGEBÄUDE A, II. STOCK, RAUM 202

BUCHLADEN Georgi Dimitroff

| | |
|---|--|
| <p>ÖFFNUNGSZEITEN:</p> <p>Montag - Freitag: 15.30-18.30 Uhr</p> <p>Samstag: 9-14 Uhr</p> <p>Dienstag geschlossen</p> | <p>Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin in: Deutsch, Farsi, Englisch, Türkisch, Spanisch, Französisch, Griechisch, Albanisch, Arabisch</p> <p>Schriften des Kommunismus, der Komintern in verschiedenen Sprachen</p> <p>Antimperialistische und antifaschistische Schriften besonders über den westdeutschen Imperialismus</p> <p>Veröffentlichungen von: ROTE FAHNE (MLPD), WESTBERLINER KOMMUNIST, GDS</p> |
|---|--|

FRANKFURT (GALLUSVIERTEL), KOBLENZER STR.4